

1000 Meter Abstand zur Wohnbebauung

Bezirksvertretung Hohenlimburg fordert im Sinne der Windenergieanlagen-Gegner alternative Werte

Von Volker Bremshey

Hohenlimburg. Die 57 installierten Stühle reichten gestern zur Sitzung der Bezirksvertretung im Hohenlimburger Rathaussaal nicht aus. Denn die Gegner der geplanten Windenergieanlagen, die oberhalb des Nahmer- und des Wesselbachtals angedacht sind, waren in großer Anzahl erschienen. Das wurde bereits in der Einwohnerfragestunde deutlich, in der die Bürger an die Verwaltung eine Vielzahl an Fragen stellten und damit ihre ablehnende Haltung gegen die städtischen Pläne zum Ausdruck brachten.

Danach mussten sie allerdings rund zweieinhalb Stunden warten, bevor „ihr“ Tagesordnungspunkt „Teilflächennutzungsplan Windenergie“ wieder thematisiert wurde.



„Mit diesem Beschluss können wir sehr zufrieden sein.“

Markos Piesche, Vorsitzender der Bürgerinitiative Gegenwind Hagen.

Mit Ausnahme von Nicole Pfefferer (Bündnis 90 / Die Grünen), die der Verwaltung bei der Erstellung der Beratungsdrucksache eine gute Arbeit attestierte, sprachen sich alle anderen Fraktionen (CDU, SPD, Hagen aktiv und Bürger für Hohenlimburg) in aller Deutlichkeit gegen die Beschlussvorschläge aus.

In einer mehrstündigen Sitzung

am Dienstagabend hatten sie vielmehr eine eigene Beschlussvorlage erstellt, in der sie die Hohenlimburger Standpunkte und die Ablehnung der Verwaltungsvorlage zum Ausdruck brachten. So wollen die vier Parteien einen größeren Abstand zur Wohnbebauung festgeschrieben haben: 1000 Meter zum Wohnen im Innenbereich, 800 Meter zum Wohnen im Außenbereich und 900 Meter zu Mischgebieten.

Verspargelung verhindern

Gleichwohl soll an den von der Verwaltung angedachten Vorrangzonen grundsätzlich festgehalten werden. Denn nur so ist zu gewährleisten, dass zu einem späteren Zeitpunkt eineerspargelung der Landschaft durch von Investoren individuell geplanten Windenergieanlagen

gen verhindert werden kann.

Kritisiert wurde von den vier Parteien insbesondere, dass das Gutachten zur Artenschutzprüfung 2 zwar noch nicht vorliege, dieses aber bereits inhaltlicher Bestandteil der Drucksache sei. Deshalb die klare Aussage: „Es ist doch selbstverständlich, dass Politik nur Unterlagen berät, die ihr auch in Gänze bekannt sind.“ Fraglich ist für die Volksvertreter auch, ob von der Verwaltung grundsätzlich die Kosten des Artenschutzprüfung-2-Gutachtens auf den potenziellen Investor abgewälzt werden können. Darüber hinaus weisen die Drucksache weitere Schwachpunkte auf. So u.a. zu den Themenbereichen gerichtsfeste Anwendung der TA-Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm), zum Denkmalschutz, zum

Infra- und Körperschall sowie die Darstellung der Meinung des Bundesamtes für Flugsicherung.

Martin Bleja (Stadt Hagen) versuchte, den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen: „Diese Vorlage dient nur dazu, den nächsten Schritt vorzubereiten. Sie ist keine Offenlage für einen abschließenden Beschluss.“

800 Euro für Realschule

Die Schüler der Klasse 10c der Realschule möchten im Juni 2016 eine **Unterrichtsfahrt nach Krakau und Auschwitz** machen. Kosten: 6400 Euro. Die Bezirksvertretung gewährte einen Zuschuss von 800 Euro.